

Länderbericht Burundi 2013

Politische Analyse

Im Jahr 2013 befindet sich Burundi auf dem Scheitelpunkt des Wahlzykluses. Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2010 hatten durch den Boykott der großen Oppositionsparteien von Agathon Rwasa (FNL) und Alexis Sinduhije (MSD) dazu geführt, dass die Mehrheitspartei CNDD-FDD unter Präsident Pierre Nkurunziza eine unangefochtene Einparteiensposition einnehmen konnte. Heute nutzt die Regierung diese Situation aus, um sich im ganzen Land durch Parteibüros auch in ländlichen Regionen fest zu etablieren, während die Opposition kaum über Mittel und Einfluss verfügt, um sich national zu betätigen. Damit legt die CNDD-FDD schon das Fundament für die nächsten Wahlen 2015. Der Präsident reist viel durch Burundi, und es gelingt ihm, ein Bild tätiger Sorge für sein Volk zu vermitteln, indem er viele, auch ausländisch finanzierte Projekte wie den Bau von neuen Schulen oder Gesundheitseinrichtungen als Erfolge seiner Politik vermittelt. Dies trägt zu seiner Beliebtheit in der Bevölkerung ebenso bei wie die reichlich verteilten Sachmittelspenden. Posten im Staatsdienst, in der Wirtschaft oder in der Gesellschaft sind ohne eine Mitgliedschaft in der Regierungspartei kaum noch zu erreichen.

So stabil die CNDD-FDD in ihrer Machtposition heute auch wirkt, so krisenhaft gestaltet sich der parteiinterne Diskurs. Immer mehr wird eine Spaltung zwischen konservativen und reformerischen Kräften deutlich. Eine Gruppe von alten Garden, die die Partei noch aus der Zeit der Rebellenarmee her geprägt haben, sehen die Regierungsposition vor allem als Machtinstrument, das der eigenen Bereicherung dient, aber auch absichert, eine eigene Strafverfolgung für die Taten in der Vergangenheit zu verhindern. Dieser Fraktion gelang es z.B. 2013 die nationalen Pressegesetze zu verschärfen und Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung auszuhebeln. Auch die Leiter des nationalen Geheimdienstes und der Sicherheitskräfte werden diesem Flügel zugerechnet.

Die zweite Strömung innerhalb der CNDD-FDD ist eher an staatlichen Reformen und Entwicklungsfortschritten interessiert – ohne allerdings auf eigene Privilegien und Einnahmen verzichten zu wollen. Präsident Nkurunziza gilt in der Partei als zu wenig durchsetzungsfähig und zu offen für internationale Einflüsse. Seine Auslandsreisen und regelmäßige Teilnahme an internationalen Konferenzen und Sitzungen der AU, der ICGLR und der VN sowie die Kontakte zu den westlichen Partnerstaaten haben Zugeständnisse im Bereich Demokratisierung bewirkt, die ein Teil seiner Partei ablehnt.

Derzeit wird landesweit, aber auch in der Regierungspartei diskutiert, ob die Verfassung eine Wiederwahl Nkurunzizas im Jahr 2015 zulässt. Von 2006 – 2010 leitete er die nationale Übergangsregierung, die aus einem Friedensabkommen mit den FNL-Rebellen hervorging. 2010 wurde er zum ersten Mal in freien Wahlen vom Volk ins Amt gewählt. Nun ist ungeklärt, ob er somit bereits zwei Amtszeiten erfüllt hat, wie es die Verfassung maximal erlaubt,

oder ob eigentlich nur die Phase nach 2010 als offizielles Präsidentenamt gelten kann. Dann dürfte Nkurunziza ein weiteres Mal kandidieren. Seine parteiinternen Kritiker möchten dies offenbar verhindern.

Von den VN und der EU gehen Forderungen aus, die anderen Parteien vor den Wahlen 2015 rechtzeitig wieder in den politischen Prozess zurück zu holen, um einen weiteren Boykott zu verhindern und die Rolle einer parlamentarischen Opposition wieder aufleben zu lassen. Vom 11. – 13. März organisierten VN und EU daher nach einem längeren Vorbereitungsprozess einen Workshop zum Thema „Lessons Learnt der Wahlen 2010“, zu dem neben der Führung der CNDD-FDD auch Alexis Sinduhije und seine Parteikollegen eingeladen waren. Agathon Rwasa hat, trotz der Zusicherung, dass er nicht inhaftiert werde, sein Exil in der DR Kongo beibehalten, entsandte allerdings einen Stellvertreter aus der FNL zu den Konsultationen. Präsident Nkurunziza betonte auf der Konferenz die Garantie der Regierung, die Opposition bei den nächsten Wahlen nicht zu behindern. In der Praxis darf Alexis Sinduhije tatsächlich wieder Parteiveranstaltungen abhalten, wird allerdings permanent von Kräften der Polizei und des Sicherheitsdienstes überwacht, sodass er außerhalb der Hauptstadt kaum Aktivitäten durchführen kann.

Zwischen der FNL und der CNDD-FDD bleibt die alte Rivalität bestehen, und es gibt weiterhin gewaltsame Auseinandersetzungen, insbesondere in den ländlichen Gebieten. Seit dem Wahlkampf 2010 hat die CNDD-FDD auch ihre berüchtigten Jugendorganisationen „Imberakure“ behalten, in denen vorwiegend junge Männer in Sportclubs organisiert werden und immer wieder durch Gewalttaten gegenüber unliebsamen Oppositionellen oder Kritikern auffallen. Die Konflikte und gegenseitigen Angriffe und Morde erreichen allerdings derzeit nicht mehr das Ausmaß wie 2011, als hunderte Anhänger beider Parteien getötet wurden.

Im April 2013 wurde in der burundischen Nationalversammlung der Entwurf eines neuen Pressegesetzes diskutiert, der starke Einschränkungen der Pressefreiheit vorsieht. So sollen Journalisten zukünftig die Identität von Informanten preisgeben müssen und werden mit hohen Geld- oder Haftstrafen bedroht, wenn sie die „öffentliche Sicherheit“ mit ihren Artikeln bedrohen. Damit wäre jede Form von investigativem oder politischem Journalismus unter Strafe gestellt.

Inhaltlich das größte Konfliktpotenzial bietet derzeit der Zugang zu Landrechten sowie die Reintegration der Flüchtlinge, die teilweise seit den 1970er Jahren in den Nachbarstaaten, insbesondere Tansania gewesen waren. Hunderttausende dieser Langzeitflüchtlinge wurden seit 2009 von den Nachbarstaaten nach Burundi zurück transferiert, oftmals gegen ihren erklärten Willen. Diese Rückkehrer haben nun formal das Anrecht, alten Landbesitz zurück zu erhalten, sofern sie glaubhaft versichern und durch Zeugenaussagen belegen können, dass sie vor ihrer Vertreibung in den Kriegsjahren Besitzer von landwirtschaftlichen Flächen waren. Die Commission Nationale de Terre et Biens CNTB wurde zu dem Zweck gegründet, diese Restitutionsansprüche zu prüfen und zwischen den Konfliktparteien Rückkehrern und der ansässig gebliebenen Bevölkerung zu vermitteln. 2011 und 2012 wurden der CNTB aber

viele Fälle vorgeworfen, in denen sie die Menschen, die seit Jahrzehnten Land besessen und bewirtschaftet haben, zu Gunsten von Personen enteignet haben, die offenbar der Regierung nahestehen oder keine Belege für ihre Besitzansprüche vorbringen können. Dies hat großen Unmut in der Bevölkerung ausgelöst, insbesondere da die CNTB mehrheitlich mit regierungsnahen Kommissaren besetzt wurde. Landkonflikte bergen aber ein sehr großes und noch wachsendes Krisenpotenzial in Burundi, das angesichts der weiterhin hohen Geburtenraten noch verschärft wird.

Justice Transitionelle

Das Friedensabkommen von Arusha von 2000, das unter der Vermittlung von Nelson Mandela ausgehandelt wurde, sah u.a. die Einrichtung mehrerer Mechanismen zur Aufarbeitung der Gewaltvergangenheit in Burundi vor, die heute unter dem Begriff Justice Transitionelle (JT) zusammengefasst werden. JT umfasst allgemein die Bereiche Wahrheitsfindung / Dokumentation von Verbrechen, Reparation, Strafverfolgung, Gedenken an die Opfer, Reform von Institutionen um weitere Gewalttaten zu verhindern sowie Traumabearbeitung und Trauerarbeit auf individueller und kollektiver Ebene.

In Burundi sind in den Verträgen von Arusha sowohl eine nationale Wahrheitskommission als auch ein Strafgerichtshof vorgesehen, die die Verantwortlichen für die Kriegsverbrechen und Genozidhandlungen seit der Unabhängigkeit des Staates ahnden und zur Wahrheitsfindung und kollektiven Aufarbeitung der Geschichte beitragen sollen.

In Vorbereitung auf die Einrichtung der Wahrheitskommission hat die Regierung 2010 eine „Consultation Nationale“ durchgeführt, bei der die Bevölkerung in vielen Sitzungen in allen Provinzen und Gemeinden befragt wurde, welche Bedürfnisse nach Aufarbeitung sie habe. Die Ergebnisse dieser Erhebungen fanden teilweise Eingang in den sogenannten „Kavakure-Report“, der 2012 erschien, aber kritisiert wurde, weil zentrale Forderungen der Zivilgesellschaft, insbesondere im Bereich juristische Konsequenzen für die politisch Verantwortlichen der Verbrechen, nicht mehr auftauchten. Seit Ende 2012 berät das Parlament einen Gesetzesentwurf zur Wahrheitskommission, der offenbar noch weniger punitive Elemente enthält, und stattdessen großzügige Amnestieregelungen vorsieht. Insbesondere die Forderung, einen Vetting-Prozess durchzuführen, um Kriegsverbrecher aus dem Staatsdienst zu entfernen, wurde im Gesetzesentwurf nicht aufgenommen. Die leitenden Amtsinhaber in staatlichen Behörden, Parteien und den Sicherheitsorganen auf evtl. Beteiligung an Kriegsverbrechen zu untersuchen findet im Parlament und Senat offenbar nicht genügend Zustimmung. In der Consultation Nationale forderte die Bevölkerung außerdem, dass Mechanismen zur individuellen oder kollektiven Entschädigung, gerade für besonders betroffene Regionen und Gruppen geleistet werden sollten. Auch diese Forderung ist im Gesetzesentwurf nicht mehr berücksichtigt. Zudem soll die Kommission frühestens nach den Wahlen 2015 eingesetzt werden und zwei bis vier Jahre tagen.

Angesichts der Tatsache, dass weite Teile der Regierung, aber auch die Führung vieler Oppositionsparteien eine aktive Vergangenheit in den unterschiedlichen Kriegsparteien und Rebellengruppen hatte, ist es unwahrscheinlich, dass der von den VN geforderte national oder international besetzte Strafgerichtshof für Burundi je realisiert wird. Eine Strafverfolgung für heute noch aktive Politiker für Ihre Taten in den Zeiten vor dem Friedensschluss wird im Parlament kaum die nötigen Mehrheiten finden.

Dr. Ilona Auer-Frege